Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 28. Juni 2010
Ausgabe 119

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **4**
› OB Ude verabschiedet Sozialreferent Friedrich Graffe und führt seine Nachfolgerin Brigitte Meier ins Amt ein 4
› 19. Münchner Beschäftigungskonferenz diskutiert Zukunft der Arbeit 6
› Ausstellung „Die Verzauberten“ im Stadtmuseum 6
› Bauzentrum: Infoabend zur ökologischen Stromerzeugung 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Wohnbedarf in München 9
› Investitionszuschuss der Landeshauptstadt München (LHM) an die Städtische Klinikum München GmbH (SKM)? 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 29. Juni, 9.30 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Sitzung der Verbandsversammlung des Rettungszweckverbandes München.

Wiederholung
Dienstag, 29. Juni, 11 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Empfang anlässlich der Verabschiedung von Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner und der Amtseinführung ihres Nachfolgers Rainer Schweppe.

Dienstag, 29. Juni, 18 Uhr,
Servicezentrum der Lokalbaukommission, Blumenstraße 28b
Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk eröffnet mit Stefan Wiegand, Geschäftsführer der aurelis Real Estate GmbH & Co. KG, die Ausstellung „Urbaner Raum. Für Ideen - Moderne Stadtentwicklung in München am Beispiel des Stadtquartiers Am Hirschgarten". Mit dem Stadtquartier Am Hirschgarten schließt sich eine der letzten großen unbebauten Flächen in der Innenstadt Münchens. Die Ausstellung dokumentiert die Verwandlung der einstigen Brachfläche in ein urbanes Viertel zum Wohnen, Leben und Arbeiten. Die Ausstellung ist bis zum 15. September, Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Mittwoch, 30. Juni, 12 bis 12.30 Uhr, Mercedes Benz Gallery, Odeonsplatz
Pressekonferenz zu „Zehn Jahre Klassik am Odeonsplatz" mit Oberbürgermeister Christian Ude, Dr. Johannes Grotzky, Hörfunkdirektor des Bayerischen Rundfunks, Angelika Kirchschlager, Solistin bei Klassik am Odeonsplatz am 18. Juli, und Gottfried Zuleger, Pro Events Veranstaltungs-GmbH. Moderation: Susanne Rohrer.
Mit einem künstlerischen Spitzenprogramm feiert „Klassik am Odeonsplatz", in diesem Jahr sein Jubiläum, erstmals in der Geschichte der Veranstaltung wird ein Konzert live vom Bayerischen Fernsehen übertragen.
Am Samstag, 17. Juli, treten die Münchner Philharmoniker unter der Leitung von Thomas Hengelbrock auf. Solistin des Abends ist die Cellistin und Echo-Preisträgerin Sol Gabetta. Am Sonntag, 18. Juli, dirigiert Chefdirigent Mariss Jansons das Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks unter dem Motto „Mariss Janons im Dreivierteltakt". Solisten des Abends

sind Angelika Kirchschlager (Mezzosopran), Thomas Hampson (Bariton) und Julian Rachlin (Violine). Der bekannte Moderator und Kabarettist Christoph Süß führt am Sonntag durch das Programm.

Mittwoch, 30. Juni, 14.30 Uhr, Reisingerstraße 11
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte zum 20. Geburtstag von Mimikry. Aufgabe der Beratungsstelle Mimikry des Evangelischen Hilfswerkes München ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen in der Prostitution zu verbessern.

Donnerstag, 1. Juli, 9 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude spricht bei der 19. Münchner Beschäftigungskonferenz zum Thema „Arbeit ja, aber sozial abgesichert". Die Konferenz findet in diesem Jahr im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe statt. Sie beschäftigt sich mit der Frage „Zukunft der Arbeit: Beschäftigung um jeden Preis? Muss man sich von der Idee der ‚guten Arbeit' verabschieden, um Vollbeschäftigung zu erreichen?"
Die Veranstaltung beginnt mit einem Grußwort des Referenten für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter. Als weiterer Referent berichtet der Münchner DGB-Chef Christoph Frey über den „DGB-Index Gute Arbeit – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewerten ihre Arbeit". Im zweiten Teil diskutieren Vertreter der Münchner Wirtschaft, der Politik, der Wissenschaft und der Gewerkschaften auf dem Podium über Arbeitsbedingungen und Arbeitsqualität in Münchner Unternehmen. Die Veranstaltung endet gegen 12.30 Uhr.
(Siehe auch unter Meldungen)

Donnerstag, 1. Juli, 16 Uhr,
Hans-Sieber-Haus, Manzostraße 105 (ein Haus der Münchenstift GmbH)
Stadtrat Christian Müller (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Amalie Lohbauer im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Meldungen

(teilweise voraus)

OB Ude verabschiedet Sozialreferent Friedrich Graffe und führt seine Nachfolgerin Brigitte Meier ins Amt ein

(28.6.2010) Nach 17 Jahren an der Spitze von Deutschlands größter Sozialbehörde verabschiedet sich Sozialreferent Friedrich Graffe am 30. Juni in den Ruhestand. Seine Nachfolge tritt die langjährige sozialpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Brigitte Meier, an. Zur Verabschiedung Graffes und der Amtseinführung seiner Nachfolgerin lud Oberbürgermeister Christian Ude am Freitag zu einem Stehempfang in den Saal des Alten Rathauses ein. Rund 200 Gäste, darunter „die gesamte Sozialszene der Stadt", so Ude, waren der Einladung gefolgt.

Das Schlusszeugnis wollte Ude dem scheidenden Referenten Graffe denn auch nicht selbst ausstellen. Er berief sich dabei vielmehr auf das Bündnis der Münchner Sozialverbände „München sozial". Dieser Zusammenschluss von mehr als 50 Sozial- und Wohlfahrtsverbänden der Stadt hatte München erst kürzlich mit dem Qualitätssiegel „Soziale Stadt" ausgezeichnet. „Das ist das beste Abschlusszeugnis, das man nach 17 Jahren als Sozialreferent bekommen kann", betonte Ude.

Der Oberbürgermeister bestätigte Graffe zum Abschied, dass sich die soziale Infrastruktur der Stadt in seiner Amtszeit grundlegend verbessert habe und nannte einige herausragende Beispiele:

So sei es eine der ersten Ideen des neuen Sozialreferenten Graffe im Jahr 1993 gewesen, in Sozialbürgerhäusern den Bürgern wohnortnah Hilfe aus einer Hand zu bieten, statt sie weiterhin „von Pontius zu Pilatus zu schikken". Das erste Sozialbürgerhaus wurde dann 1997 in der Plinganserstraße eröffnet, Anfang 2008 konnte mit dem Sozialbürgerhaus Ramersdorf-Perlach das 13. und letzte eingerichtet werden. „Das Sozialreferat hat sich damit zu einem modernen und leistungsstarken Dienstleistungszentrum entwickelt", so Ude.

Ein weiteres zentrales Projekt von Graffes Amtszeit sei die Neuorganisation und Modernisierung der städtischen Altenheime in München gewesen, nachdem der Gesetzgeber mehr Wettbewerb in diesem Bereich geschaffen hatte. Während andere Kommunen ihre Altenheime verkauft hätten, habe sich Graffe für die Gründung der kommunalen Münchenstift GmbH eingesetzt. „Ein Erfolgsmodell", so Ude.

Parallel dazu trieb das Sozialreferat unter Graffes Leitung auch den Ausbau des Netzes der Alten- und Service-Zentren (ASZ) in der Stadt intensiv voran. Seit Graffes Amtsantritt wurden elf neue Standorte in Betrieb ge-

nommen, mittlerweile gibt es insgesamt 32 Alten- und Service-Zentren in der Stadt. „Um dieses Netz aus Beratungs- und Hilfsangeboten werden wir beneidet", hob Ude hervor.
Und auch wenn die jüngste Statistik des Sozialreferats gezeigt habe, dass immer mehr Menschen in der Stadt von Armut betroffen seien, sei der von Graffe geführte Kampf gegen die Armut ebenfalls als großer Erfolg zu verbuchen, betonte Ude. „Denn die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden, kann eine städtische Sozialbehörde nicht stoppen." Das Sozialreferat habe aber alles getan, dass den Menschen trotz Armut Bildung, Beschäftigung, Wohnung und die Integration ins gesellschaftliche Leben offen stehe. „Auf den sozialen Standard in dieser Stadt können wir stolz sein", so Ude.
Graffes Nachfolgerin Brigitte Meier wünschte OB Ude für die kommenden Jahre eine ebensolche Erfolgsbilanz, wie ihr Vorgänger Graffe sie hinterlasse. Meier bringe als erfahrene Sozialpolitikerin und Vertreterin der Sozialarbeit die besten Voraussetzungen dafür mit.
Die 45-jährige Sozialpädagogin kommt aus der Jugendarbeit. Sie war u.a. Vize-Vorsitzende des Kreisjugendrings in München. Seit 1996 ist die gebürtige Niederbayerin Mitglied des Münchner Stadtrats und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Seit 2007 führt sie als Geschäftsführerin die Arbeiterwohlfahrt-Tochter Anderwerk, die sich um die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener kümmert.
Dass als Sozialreferentin in dem kommenden Jahren große Aufgaben und Herausforderungen auf sie warteten, sei ihr klar, erklärte Meier zu ihrer Amtseinführung: „Aber ich will etwas bewegen, um die Situation der Menschen in München zu verbessern." Ihr Vorgänger Graffe habe dafür mit der modernsten Sozialverwaltung der Republik die beste Ausgangsposition geschaffen.
An der Veranstaltung im Alten Rathaus nahmen neben zahlreichen Vertretern sozialer Organisationen unter anderem die Münchner Ehrenbürger Charlotte Knobloch, Dr. Hans-Jochen Vogel und Georg Kronawitter, die ehemalige Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert und ihre Nachfolgerin Christine Strobl teil. Als Vertreter des Stadtrats waren erschienen Dr. Reinhard Bauer, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Helmut Schmid, Irene Schmitt, Dr. Constanze Söllner-Schaar, Beatrix Zurek (alle SPD), Beatrix Burkhardt, Dr. Georg Kronawitter, Marian Offman, Josef Schmid, Otto Seidl (alle CSU), Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller (alle Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Otto Bertermann (FDP), Dagmar Henn (DIE LINKE) sowie die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder Dr. Wilfried Blume-Beyerle, Dr. Thomas Böhle, Gabriele Friderich, Rosemarie Hingerl, Dr. Hans-Georg Küppers, Joachim Lorenz, Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, Dieter Reiter, Elisabeth Weiß-Söllner und Dr. Ernst Wolowicz.

19. Münchner Beschäftigungskonferenz diskutiert Zukunft der Arbeit
(28.6.2010) Das Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München lädt am 1. Juli, in der Zeit von 9 bis 12.30 Uhr, zur 19. Münchner Beschäftigungskonferenz in den Saal des Alten Rathauses ein. Die Konferenz findet in diesem Jahr im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe statt. Das Thema ist „Zukunft der Arbeit: Beschäftigung um jeden Preis? Muss man sich von der Idee der „guten Arbeit" verabschieden, um Vollbeschäftigung zu erreichen?"
Die Konferenz geht der Frage nach, wie Arbeit beschaffen sein muss, so dass Menschen davon leben können, sie aber gleichzeitig mehr ist als bloße Existenzsicherung. „Gute Arbeit" ist wesentliche Voraussetzung für die Selbstverwirklichung der Menschen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
Die Veranstaltung beginnt nach der Begrüßung durch den Referenten für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter mit zwei Referaten. Oberbürgermeister Christian Ude zeigt die Umstände auf, unter denen heute gearbeitet wird und leitet daraus Forderungen für die Zukunft ab. Anschließend wird Christoph Frey, Geschäftsführender Vorsitzender der DGB-Region München, Ergebnisse aus dem „DBG-Index Gute Arbeit" referieren, einer repräsentativen Befragung von mehreren tausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Qualität ihrer Arbeit. Im zweiten Teil diskutieren Vertreter der Münchner Wirtschaft, der Landeshauptstadt München, der Wissenschaft und der Gewerkschaften Arbeitsbedingungen und Arbeitsqualität in Münchner Unternehmen. Auf dem Podium nehmen teil: Dr. med. Mechthild Heinmüller (Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Klinikum der Universität München), Ulrike Schröder (Betriebsrätin Siemens SIS), Heinrich Birner (Geschäftsführer ver.di Bezirk München), Axel Ahammer (MAN Nutzfahrzeuge AG, Personal- und Organisationsentwicklung) sowie der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter. Durch die Diskussion führt Dorothee von Bose. Programminformationen und Anmeldung im Internet unter *www.muenchen.de/arbeitundwirtschaft*.

Ausstellung „Die Verzauberten" im Stadtmuseum
(28.6.2010) Vom 2. bis 18. Juli ist im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, die Ausstellung „Die Verzauberten – Gesichter und Geschichten alter schwuler Männer" mit Fotos von Susie Knoll zu besichtigen. Die Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr zugänglich. Veranstalter sind die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Landeshauptstadt München, und Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum Sub e.V.. Die Schirmherrschaft hat Bürgermeister Hep Monatzeder übernommen.

Die Ausstellung richtet ihren Fokus auf einen scheinbar nur kleinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens in München und rückt damit doch eine Stadtgeschichte eigener Art in den Mittelpunkt. Sie umfasst zehn Fotografien, die die Gesichter von elf alten schwulen Männern zeigen. Zu jedem Portrait gesellt sich eine von den Abgebildeten selbst verfasste Biografie. Zudem werden in zirka zehn Texttafeln geschichtliche Hintergründe über schwules Leben in München dargestellt. Das Forum Homosexualität München e.V. hat hierfür seine Darstellung der schwulen Geschichte Münchens zur Verfügung gestellt.
Der aufmerksame Leser findet in fast jeder Biografie der zwischen 1916 und 1946 geborenen Männer Hinweise darauf, mit welchen Schwierigkeiten ein homosexueller Mann im 20. Jahrhundert oftmals zu kämpfen hatte. Sie zeigen aber auch, mit welcher Energie und Lebenslust sich die Männer ihr Leben miteinander gestaltet haben. „Verzauberte" nannte man früher jene Männer, deren Existenz ansonsten lieber totgeschwiegen wurde. Dies ist mit der freundlichste Begriff, der in der deutschen Sprache für Schwule je gebraucht wurde. Gleichzeitig diente er aber auch dazu, jenes nicht als das benennen zu müssen, was anscheinend so unvorstellbar war: dass ein Mann einen Mann lieben könnte.
Leider folgte in der Lebensrealität homosexueller Männer im letzten Jahrhundert -- wie auch in vielen Jahrhunderten davor -- auf das magische Dasein ganz schnell die Entzauberung: Verfolgung, Internierung im KZ, strafrechtliche Verfolgung in der Nachkriegszeit mit einem Nazi-Paragrafen 175 StGB, der bis 1969 unverändert weiter Gültigkeit hatte und erst 1994 endgültig abgeschafft wurde, Stigmatisierung und Ausgrenzung. Die so genannte Aids-Krise, die Anfang der 1980er Jahre ausbrach, führte zu massiven lesben- und schwulenfeindlichen Entwicklungen in Deutschland und gerade auch in München. Die Ausstellung erzählt aber auch eine lange Geschichte der Toleranzentwicklung in München, ihrer Fortschritte wie Rückschläge und ist damit auch eine Geschichte des ganzen Gemeinwesens.
Weitere Informationen unter: *www.muenchen.de/koordinierungsstelle*
Achtung Redaktionen: Die Ausstellung wird am Freitag, 2. Juli, 12.30 Uhr, mit einem Pressetermin im Stadtmuseum eröffnet, Besucherinnen und Besucher können die Ausstellung ab 14 Uhr besichtigen.

Bauzentrum: Infoabend zur ökologischen Stromerzeugung
(28.6.2010) Neuheiten und Trends zur ökologischen Stromerzeugung stellt Helmut Mager, staatlich anerkannter Energieberater, am Mittwoch, 30. Juni, im Bauzentrum München vor. Der Eintritt für den Infoabend, der um 18 Uhr beginnt, ist kostenlos.

Mager erläutert leicht verständlich, wie Strom für den Haushalt oder das Gewerbe erzeugt und so möglichst viel CO_2 eingespart werden kann. Der Experte geht auch auf die Wirtschaftlichkeit des jeweiligen Systems ein sowie den damit verbundenen, möglichen Wechsel zu einem anderen Stromversorger. Vorgestellt wird die Stromerzeugung durch:

– Blockheizkraftwerke
– Photovoltaikanlagen
– Biomasse
– Windkraft
– Geothermie

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: *bauzentrum.rgu@muenchen.de*; Telefon: 50 50 85.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 28. Juni 2010

Wohnbedarf in München
Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP) vom 3.5.2010

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 03.05.2010 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung nachfolgend beantwortet wird. In Ihrer Frage verweisen Sie auf die seit 2000 stagnierende Wohnfläche pro Einwohner und die bestehenden Planungen, die von einem durchschnittlichen Wachstum der Wohnfläche ausgehen.

Frage 1:
Wie hat sich die Wohnfläche pro Einwohner in m² in München in den letzten zehn Jahren (1999 bis 2009) entwickelt?

Antwort:
Der Wohnungsbedarf resultiert aus den Ersatzbedarf, dem Zusatzbedarf durch Einwohnerwachstum und dem Zusatzbedarf durch Wohnflächenmehrung. Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnfläche pro Einwohner ergibt sich wiederum aus dem Zusammenspiel von Angebots- (Baufertigstellungen) und Nachfrageseite (Entwicklung der Einwohner und der Kaufkraft).

Als Quelle für die Wohnflächenentwicklung in der Vergangenheit dienen die Volks- und Gebäudezählung 1987 sowie die Ergebnisse des Mikrozensus 1993, 1998, 2002 und 2006. Aktuell wird der Mikrozensus 2010 durchgeführt, Ergebnisse dazu sind aber erst im Jahr 2011 zu erwarten. Deshalb wird für die Darstellung der Entwicklung der Wohnfläche je Einwohner der Zeitraum von 1987 bis 2006 herangezogen.

Jahr	Wohnfläche pro Einwohner in m²	Veränderung gegenüber vorherigen Wert in m²	Veränderung pro Jahr in m²
1987	35,00		
1993	35,50	0,5	0,08
1998	39,00	3,5	0,70
2002	39,90	0,9	0,18
2006	39,70	-0,2	-0,04

Tabelle 1: Entwicklung der Wohnfläche je Einwohner in München (Quellen: Gebäudezählung 1987, Mikrozensus 1993, 1998, 2002, 2006)

In den Jahren 1987 – 1993 und 1998 – 2006 stieg die Wohnfläche je Einwohner pro Jahr in München kaum. In den beiden Zeiträumen hatte die Landeshauptstadt München jeweils ein hohes Einwohnerwachstum zu verzeichnen, gleichzeitig stiegen die Erstbezugsmieten stärker an. Zwischen 1993 bis 1998 dagegen wuchs die Wohnfläche pro Kopf bei gleichzeitigen leicht sinkenden Einwohnerzahlen. Die Erstbezugsmieten fielen in diesem Zeitraum deutlich.

Für den Zeitraum von 2006 bis 2009 liegen keine verlässlichen Informationen über die Entwicklung der Wohnfläche pro Kopf vor, sondern nur Fortschreibungen auf Basis der Entwicklung der Einwohner und des Wohnungsbestandes. Solche Fortschreibungen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, da sowohl die Einwohnerstatistik (wie z. B. im Jahr 2006 durch die Einführung der Zweitwohnungssteuer, die zu Ummeldungen vom Neben- zum Hauptwohnsitz und zusätzlichen Abmeldungen von Nebenwohnsitzen führte bzw. 2009 die Bereinigungsaktion in Zusammenhang mit der Zusendung einer einheitlichen Steuer-Identifikationsnummer) als auch die Baufertigstellungsstatistik (wie z. B. durch die Sonderaktion/ Nacherhebungen im Jahr 2006) erhebliche Brüche aufweisen. Insofern ist von einer einzeljahresorientierten Interpretation abzuraten. Gesicherte Erkenntnisse liegen nur alle 4 Jahre mit dem Mikrozensus vor.

Die Einwohner Münchens stiegen zwischen Ende 2006 Ende 2009 um rund 2% (Wohnberechtigte), der Wohnungsbestand nahm im selben Zeitraum um knapp 2 % zu. Per saldo dürfte sich die Wohnfläche je Einwohner seit 2006 kaum verändert haben.

Frage 2:
Was sind die Gründe für das abgeschwächte Wachstum aus Sicht der Verwaltung?

Frage 3:
Auf welchen Erkenntnissen basiert der angenommene Zuwachs von 0,15 m² pro Jahr und pro Einwohner für die kommenden 10 bis 15 Jahre?

Antwort zu den Fragen 2 und 3:
In den Jahren 1998 – 2006 wuchs die Pro-Kopf-Wohnfläche nur noch um ca. 0,10 m² pro Person und Jahr.

Das Wachstum der durchschnittlichen Wohnfläche pro Kopf setzt sich aus drei unterschiedlichen Komponenten zusammen:

- genereller Trend zu kleineren Durchschnittshaushalten bzw. sinkende Haushaltsgrößen
- passive Wohnflächenmehrung/Remanenzeffekt (durch Haushaltsverkleinerung)
- aktive Wohnflächenmehrung (durch Umzug in eine größere Wohnung)

Alle drei Komponenten trugen in München etwa in gleichem Maße zum Wachstum der Wohnfläche pro Kopf bei. Die ersten beiden Punkte sind demografischer Natur, der aktiven Wohnflächenmehrung liegt ein Einkommenseffekt zu Grunde.

Die Ursache für das nur sehr geringe statistische Wachstum der Wohnfläche pro Kopf seit 1998 liegt in der Kombination von starkem Einwohnerwachstum bei nur moderaten Baufertigstellungen begründet. Umzüge wurden wegen des hohen Mietniveaus z. T. zurückgestellt. Sie werden aber, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, in der Regel in relativen Erholungsphasen des Wohnungsmarktes bzw. Phasen sinkender Einwohnerzahlen (wie 1993 – 1998) oft später nachgeholt.

Der Annahme eines Zuwachs von 0,15 m² pro Person und Jahr liegt ein Szenario aus dem Kapitel 1.4.2 “Wohnungsbedarf für München” des wohnungspolitischen Handlungsprogramms “Wohnen in München IV” zu Grunde. Die Annahmen sowie die anderen Komponenten des Wohnungsbedarfs (siehe Frage 1) sind dort genauer erläutert. Ein zweites höheres Szenario ging sogar noch von 0,20 m² pro Person und Jahr aus.

Angesichts des nur geringen Wohnflächenwachstums in den letzten Jahren wurde für die Planungen zur langfristigen Siedlungsentwicklung das moderatere der beiden o. g. "Wohnen in München IV" – Szenarien zu Grunde gelegt.

Frage 4:
Sollte ein Grund die weitere Zunahme von Ein-Personen-Haushalten sein, frage ich: Wie kann erreicht werden, dass gerade im geförderten Wohnungsbau ein Anreiz entsteht, in kleinere Wohnungen um zuziehen?

Antwort:
Sie sprechen den o. g. Remanenzeffekt an, d. h. dass z. B. ältere Menschen nach Auszug ihrer Kinder oder Tod des Partners in ihren dann eigentlich zu großen Wohnungen wohnen bleiben.

In den 1980er Jahre gab es ein Programm mit Umzugsprämien, wenn in eine kleinere Wohnung umgezogen wurde, das sogenannte Programm "Tausch und Umsetzung". Das Programm wurde 1990 wegen zu geringer Fördereffekte abgeschafft. Inhaltlich wird hierzu auf den Beschluss des Sozialausschusses vom 02.12.2004 "Wiedereinführung des Programms Tausch und Umsetzung", Vorlagen-Nummer: 02-08 / V 05248, verwiesen.

Im Freistaat Bayern wird seit dem 1. Januar 2008 die Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen nicht mehr erhoben, d. h. Anreize für einen Umzug in eine kleinere Wohnung wurden tendenziell reduziert.

Investitionszuschuss der Landeshauptstadt München (LHM) an die Städtische Klinikum München GmbH (SKM)?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Otto Bertermann, Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 8.4.2010

Antwort Referat für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Der Stadtrat hat in der Sitzung der Vollversammlung am 19.12.2009 beschlossen der Städtisches Klinikum München GmbH einen Zuschuss für Investitionen für die Jahre 2010 bis 2014 zu gewähren.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen kann ich unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Städtisches Klinikum München GmbH zu den Fragen 8 und 9 wie folgt beantworten:

Frage 1:
Auf wie viele Millionen Euro beläuft sich der Investitionszuschuss der LHM an die Städtisches Klinikum München GmbH jeweils in den Haushaltsjahren 2010 bis 2014? Fallen nach 2014 weitere Investitionszuschüsse an?

Antwort:

HPL 2010	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	HPL 2014	Gesamt LHM
28.346	32.819	29.063	28.411	8.872	127.511

Der Investitionszuschuss ist nur für die Jahre 2010 – 2014 beschlossen worden. Für die Zeit nach 2014 ist kein Zuschuss beschlossen.

Frage 2:
Wird der für 2010 fällige Investitionszuschuss insgesamt im 1. Nachtragshaushaltsentwurf 2010 beantragt?

Antwort:
Im 1. Nachtragshaushaltsentwurf 2010 werden 28.346 TEuro für 2010 beantragt.

Frage 3:
In welcher Form erfolgt die marktübliche Gegenleistung der Städtisches Klinikum München GmbH gegenüber der LHM für die von der LHM geleisteten Investitionszuwendungen?

Antwort:
Zur Bestimmung der Marktüblichkeit und damit der Angemessenheit des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung ist der Private-Investor-Test heranzuziehen. Die marktübliche Gegenleistung ist in diesem Fall der positive Kapitalwert.

Frage 4:
Wurde oder wird die LHM (bzw. die SKM) den vorgesehenen Investitionszuschuss zur Beurteilung, ob die Zuwendungen als Beihilfe im Sinne des Art. 87 EG-Vertrag einzuordnen sind, der Europäischen Kommission melden?

Antwort:
Maßgeblich für die beihilferechtliche Zulässigkeit ist grundsätzlich Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag. Hiernach gilt der Grundsatz, das staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch Begünstigung bestimmter Unternehmen und Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar sind, soweit sie den innergemeinschaftlichen Handel beeinträchtigen. Fehlt auch nur einer dieser Tatbestandsmerkmale, liegt keine Beihilfe im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag vor. Allein das Vorliegen einer finanziellen Hilfe reicht nicht für die Feststellung aus, dass der Städtisches Klinikum München GmbH ein unzulässiger Vorteil im Sinne des EG-Vertrages gewährt wurde. Ein solcher Vorteil ist immer dann zu verneinen, wenn die Zuwendung durch eine marktübliche Gegenleistung des Zuwendungsempfängers ausgeglichen wird. Dies setzt bei dem Investitionszuschuss an die Städtisches Klinikum München GmbH voraus, dass die gewährten Mittel von einem unter normalen Marktbedingungen handelnden umsichtigen privaten Investor zu denselben oder vergleichbaren Bedingungen bereitgestellt würden. Eigens für staatliche Kapitalzuführungen an Öffentliche Unternehmen – zu diesen zählt das Klinikum – wurde der Private Investor Test entwickelt.

Für die Gewährung des Investitionszuschusses an die Städtisches Klinikum München GmbH wurde ein renommiertes Wirtschaftsberatungsunternehmen mit der Durchführung des erforderlichen Private Investor Tests

beauftragt. Das Unternehmen untersuchte die Rentabilitätsaussichten der im Stadtratsbeschluss vom 16.12.2009 dargestellten Bau- und Modernisierungsmaßnahmen. Das Ergebnis des Privat Investor Tests weist in allen Berechnungsmodalitäten einen positiven Kapitalwert aus. Nach Aussage der Unternehmensberatung kann davon ausgegangen werden, dass ein marktwirtschaftlich handelnder privater Investor in einer vergleichbaren Situation wie die Landeshauptstadt München ebenfalls die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen unterstützen würde.

Der Privat-Investor-Test ist Bestandteil des Stadtratsbeschlusses vom 16.12.2009 und wurde inhaltlich vom Stadtrat übernommen.

Frage 5:
Wenn ja, gibt es bereits ein Stellungnahme oder abschließende Beurteilung der EU-Kommission bzw. wann wird eine solche erwartet?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 4.

Frage 6:
Wenn nein, welche Gründe haben zur Entscheidung geführt, die EU-Kommission nicht einzuschalten?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 4.

Frage 7:
Sollte der Grund, die EU-Kommission nicht einzuschalten, in einem positiven „Privatinvestorentest" für die gewährten Zuwendungen an die Städtisches Klinikum München GmbH liegen? Sollte nicht trotzdem, um europarechtlich abgesichert zu sein, der Vorgang zusammen mit dem „Privatinvestorentest" zur Prüfung an die EU-Kommission geleitet werden?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 4.

Frage 8:
Der Grundsatz des „privaten Investors" setzt voraus , dass die Kapitalzuführung von einem „unter normalen Marktbedingungen handelnden umsichtigen Privatanleger" zu denselben oder vergleichbaren Bedingungen gewährt wird. Wie kann diese Bedingung zwischen LHM und Städtisches

Klinikum München GmbH erfüllt sein, wenn eine Bankenfinanzierung, beispielsweise auch der Stadtsparkasse München, für die geplanten Investitionen am Markt nicht oder aller Voraussicht nach nicht erreicht werden kann?

Antwort:
Es ist richtig, dass der Private Investor Test unterstellt, dass ein privater Investor unter normalen Marktbedingungen in ein Unternehmen investieren würde. Nicht untersucht wird dabei, ob hierfür ein Markt vorhanden ist. Das Gutachten zum Private Investor Test untersuchte daher die Rentabilitätsaussichten der geplanten Bau- und Modernisierungsmaßnahmen der StKM. Das positive Ergebnis qualifiziert daher die Investitionszuwendungen der Gesellschafterin LHM als marktüblich und schließt eine Begünstigungswirkung aus. Eine Betrachtung, ob Banken eine Finanzierung durchführen würden, ist damit definitionsgemäß nicht Bestandteil des Private Investor Test.
Eine Bankenfinanzierung wurde für die StKM bisher nicht negativ beschieden. Der StKM wurde von den Banken sowohl aufgrund der Unternehmensentwicklung als auch der Wirtschaftlichkeitsanalysen für die einzelnen Investitionsprojekte ein positives Rating in Aussicht gestellt. Problematisch ist derzeit, dass am Kapitalmarkt ein Finanzierungsvolumen in der Höhe, wie es die StKM benötigt aufgrund der Bankenkrise nur sehr schwer platzierbar ist, da hierfür kein Markt vorhanden ist. Diverse Banken haben signalisiert, dass sie sich die Beteiligung an einem Bankenkonsortium vorstellen könnten. In Abhängigkeit von Volumen und Zinssatz wäre allerdings hierfür die Sicherung durch eine Bürgschaft Voraussetzung. Entscheidend bei der Entscheidung für eine Finanzierungsform (Eigen- oder Fremdfinanzierung) ist allerdings auch die Höhe der Finanzierungskosten. Aufgrund der Bankenkrise sind die Zinskonditionen für eine Fremdfinanzierung, selbst bei Gewährung einer Bürgschaft, welche der StKM signalisiert wurden, nicht sehr lukrativ.

Frage 9:
Wie beurteilt die LHM die von der Städtisches Klinikum München GmbH angeführten Effizienzpotentiale und erhofften künftigen Renditen, wenn andererseits deren Plausibilität durch Banken deutlich angezweifelt wird, da diese auf dieser Basis nicht finanzieren wollen?

Antwort:
Wie bereits zu Punkt 8 beschrieben, stellten die zu finanzierenden Projekte kein Finanzierungshemmnis dar. Die in der Frage getroffene Aussage,

dass durch Banken die Plausibilität deutlich angezweifelt wurde entspricht nicht dem Inhalt und dem Ergebnis der Gespräche mit den Banken.
Im Rahmen des durchgeführten Private-Investor-Test wurden von der Prüfungsgesellschaft alle Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit eingehend auf Plausibilität geprüft. Dies gilt vor allem für die großen Bauprojekte. Sämtliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden bei der Erstellung des Unternehmensplans mit berücksichtigt. Im Ergebnis zeigt der Private-Investor-Test einen positiven Kapitalwert des Investments. Insofern gehen wir davon aus, dass die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen nachgewiesen und plausibel ist.

Frage 10:
Teilt die LHM die Meinung, dass ein umsichtig handelnder privater Investor, bevor er enorme Mittel zur Verfügung stellt, sich darüber Gedanken macht, ob Kapazitäten – gerade auf einem Markt mit Überkapazitäten – optimiert und ggf. angepasst werden müssen?

Antwort:
Im Private Investor Test wird geprüft, ob ein privater Investor die Investitionen tätigen würde. Dies wurde in dem Test für die Städtisches Klinikum München GmbH so bestätigt. Ob die Kapazitäten für den Münchner Markt geeignet sind, wurde im Rahmen des Private Investor Tests geprüft. Ich darf darauf hinweisen, dass die Bettenanzahl bereits vor einigen Jahren an den Bedarf (v.a. aufgrund der gesunkenen Verweildauer) angepasst wurde. Bei den Investitionen in Höhe von zusammen 127 Mio. EUR handelt es sich nicht um eine Bettenaufstockung und damit Kapazitätserweiterung, sondern vielmehr um Ersatz bzw. Ertüchtigung von Bausubstanz und medizinischer Ausstattung. Mit diesen Maßnahmen beabsichtigt die LHM, die Kliniken der Städtisches Klinikum München GmbH auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 28. Juni 2010

Ein pragmatischer, kostengünstiger Ansatz für flächenorientierten Bahnlärmschutz in München
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Die Unsinnigkeit der Gewerbesteuer?
Anfrage Stadträte Prof. Dr. Jörg Hoffmann und Dr. Michael Mattar (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

Antrag
28.06.10

Ein pragmatischer, kostengünstiger Ansatz für flächenorientierten Bahnlärmschutz in München

Der Stadtrat möge beschließen:

- Dem Stadtrat wird ein Konzept vorgelegt, wie man durch Anlage von Lärmschutzwällen insbesondere aus Bauaushubmaterial entlang vielbefahrener Bahnstrecken eine flächenorientierte und kostengünstige Bahnlärmsanierung unabhängig von den Bahnlärmsanierungsprogrammen der DB AG pragmatisch durchführen kann. Dabei ist auch darzustellen, unter welchen Bedingungen auf aufwändige Planfeststellungsverfahren verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Stadt München weigert sich im Gegensatz zu wesentlich kleineren Gemeinden im unmittelbaren Umland (z.B. Haar bei München) bisher, in eigener Verantwortung und unter Einsatz eigener Mittel eine Ausweitung der Bahnlärmsanierungsmaßnahmen über das ohnehin kommende Maß hinaus ins Auge zufassen. Die schwierige Situation der Stadtfinanzen ist dabei ein sicherlich gewichtiges Argument. Andererseits ist die Lärmsanierung keine Luxusaufgabe, sondern eine gesetzlich gebotene Maßnahme des Gesundheitzschutzes für eine erhebliche Anzahl von Münchnern. Die mittlerweile auch für München vorliegende Bahnlärmkartierung /1/ zeigt hier den Handlungsbedarf eindrücklich auf.

Das erhebliche positive Echo in der örtlichen Öffentlichkeit auf unseren Vorschlag, den Aushub der temporären BAUMA-Parkplätze in Riem für lang ersehnte Lärmschutzwälle entlang der A94 zu verwenden, hat zu weiteren Vorschlägen aus der Bevölkerung geführt, ähnlich auch bei der Bahnlärmsanierung vorzugehen: d.h. überschüssiges Aushubmaterial nicht „irgendwo“ zu deponieren oder zum Verfüllen herzunehmen, sondern damit gezielt Lärmschutzwälle entlang geeigneter Bahnstreckenabschnitte anzulegen.

In Kirchtrudering gibt es derzeit ein passendes Anwendungs-Beispiel: in unmittelbarer Nähe der vielbefahrenen Bahnstrecke München – Rosenheim entsteht eine städtische Schulsporthalle. Riesige Aushubmengen sind derzeit noch auf dem Baugelände gelagert.

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;

Zwischen dem Baugelände und der Bahnlinie gibt es einen in städtischem Besitz befindlichen Geländestreifen, der als offizieller Schneeabladeplatz fungiert. Was spricht dagegen, auf diesem „Niemandsland“ mit dem Aushubmaterial einen Lärmschutzwall zu erstellen.

Lärmschutzwälle bieten als so genannte „aktive Lärmschutzmaßnahmen“ gegenüber z.B. Lärmschutzfenstern den unschätzbaren Vorteil, dass auch die angrenzenden öffentlichen und privaten Freiräume vom Lärm verschont werden.

Das als Anschauungsmaterial beigefügte Foto (oben) zeigt eine, an einer benachbarten Stelle am Truderinger Bahnhof vorübergehend vorgenommene wallartige Zwischen-Lagerung von Aushubmaterialien aus der Baustelle der Rad-Fussweg-Unterführung in Berg-am-Laim, die bei der Bevölkerung Hoffnungen auf einen dauerhaften Lärmschutzwall geweckt hat.

Sicherlich gibt es ähnliche Situationen an allen Bahnstrecken in München. Es liegt in der Natur der Sache, dass angesichts der flächendeckenden Lärmproblematik auch einzelne Verbesserungen eine positive Wirkung auf die jeweilige Umgebung entfalten.

Die Stadt München muss dabei auch bedenken, dass die laufende Bahnlärmsanierung durch die DB AG in München nur den Tropfen auf den heißen Stein darstellt und zudem erfahrungsgemäß einen mehrjährigen Planungsvorlauf umfasst, für den die Betroffenen zu Recht wenig Verständnis aufbringen.

Quelle:
/1/ www.ba-muenchen.info/download.html#rgu (von hier aus bequeme Links zu allen acht Bahn-Lärm-Karten für München)

Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

Dr. Michael Mattar – Prof. Dr. Jörg Hoffmann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

28.06.2010

Schriftliche Anfrage
Die Unsinnigkeit der Gewerbesteuer?

Die Unternehmenssteuerreform 2008 (Große Koalition!) stellt bei Personengesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen eine weitgehende Belastungsneutralität der Gewerbesteuer her, indem sie den Abzug der Gewerbesteuer- von der Einkommenssteuerschuld vorsieht. 2008 wurde zudem der Anrechnungsfaktor von 1,8 auf 3,8 erhöht, um bei einem bundesweit durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 400 % eine vollständige Entlastung der Personenunternehmen von der Gewerbesteuerschuld zu erreichen.

Durch die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer (Mieten, Leasing, Schuldzinsen) kann es dazu führen, dass ein Unternehmen Gewerbesteuer zahlt, obwohl es keinen Gewinn macht. Die Hinzurechnungen können zudem dazu führen, dass eine Belastung entsteht, da eine Verrechnung mit der Einkommenssteuerschuld nicht vollständig möglich ist. Eine Ertragssteuer, die im Fall eines Verlustes zu zahlen ist, stellt eine ökonomische Unsinnigkeit dar, wie ebenso die Erstattung einer fiktiven höheren Belastung.

Nun hat das Karl-Bräuer-Institut auf Basis der Steuerschätzung Mai 2009 für das Jahr 2013 ermittelt, dass bei einem Gesamt-Gewerbesteueraufkommen von 43,5 Mrd. Euro in Deutschland, 23,8 Mrd. Euro durch die Verrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommenssteuer und dem Solidaritätszuschlag entfallen. Dieses Volumen zusätzlicher Einkommenssteuer (im Falle einer Abschaffung der Gewerbesteuer) in Höhe von 23,8 Mrd. Euro stünde somit den Gemeinden für einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer oder besser an der Mehrwertsteuer zur Verfügung.

Die den Gemeinden fehlenden restlichen 19,7 Mrd. Euro müssten von den zunächst entlasteten Kapitalgesellschaften aufgebracht werden. Da niemand einen Gewinnsteuersatz für Kapitalgesellschaften von insgesamt 15 % verlangt, aber ein Steuersatz von knapp 30 % europäisch konkurrenzfähig wäre, ergäbe sich ein erheblicher und insgesamt ausreichender Spielraum für einen kommunalen Zuschlag auf die Körperschaftssteuer.

Da diese gesamtdeutschen Zahlen für eine Betrachtung nicht ausreichen und für uns die Situation in München wichtig ist, fragen wir den Oberbürgermeister:

Wie verteilt sich das Gewerbesteueraufkommen der Jahre 2008 und 2009 auf

a) Gewerbesteuerzahler als Einzel- und Personenunternehmen und

b) Gewerbesteuerzahler in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft, die grundsätzlich zur Körperschaftssteuer veranlagt werden?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stv. Fraktionsvorsitzender

FDP-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de